

## Inforadar 31

28. Oktober 2018

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Die Nominierungen für die neuen Bundesrätinnen oder Bundesräte laufen auf Hochtouren. Mit dem Rücktritt von Johann Schneider Amann wird auch „unser“ WBF eine neue Chefin oder einen neuen Chef bekommen. Am 26. November beginnt die Herbstsession und am 5. Dezember wird gewählt. Bereits am 25. November dürfen die Schweizerinnen und Schweizer als einziges Land auf der Erde über die Würde der Gehörnten entscheiden und – für die Eawag wohl etwas wichtiger – auch über die „Selbstbestimmungsinitiative“ der SVP (Info dazu z.B. in der NZZ [hier](#)).

Ob dieser „grossen Politik“ geht fast vergessen, dass auch in Sachen Wasser die politischen Mühlen weiter mahlen. Hier darum die nächste wasserpolitische Auslegeordnung von 2018, wie immer ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ich wünsche frohes Stöbern.

Andri Bryner

ooo

### Der Bundesrat...

- 1.6. / verabschiedet den [Bericht zum Gewässerraum](#) in Erfüllung des Postulats von Nationalrat Karl Vogler (CVP, OW). Trotz aller Abschwächung und möglicher Ausnahmen bleibt die Regierung im Kern dabei, dass der Gewässerraum die Mindestbreiten nicht „auf einem signifikanten Teil des Gewässernetzes“ unterschreiten darf.
- 11.6. / stellt in der Antwort auf eine Anfrage von Sandra Sollberger (svp/BL) klar, dass [Plastikverbote](#) (z.B. Trinkröhrli) nicht mit dem Einsatz von Kunststoffrohren in der Wasserversorgung verglichen werden können. Siehe dazu auch Interpellation [Gesundheitliche Folgen von Mikroplastik](#) von Barbara Gysi (sp/SG).
- 12.6. / nimmt mit Doris Leuthard teil am [Umweltminister-Treffen](#) der deutschsprachigen Länder zu Klimapolitik, nachhaltigen Finanzen und Gewässerschutz. Die Bundesrätin bekräftigt u.a. die Strategie Micropol und dass der Rhein für Wanderfische wieder durchschwimmbar werden soll.
- 15.6. / nimmt [ablehnend Stellung zur Trinkwasserinitiative](#). Sie hätte schädliche Folgen für die Schweizer Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, nehme aber berechnete Anliegen auf. Auf einen Gegenvorschlag verzichtet der Bundesrat trotzdem und spielt damit die "heisse Kartoffel" dem Parlament zu. Fischereiverband und [SVGW](#) reden von verpasster Chance.
- 20.6. / verabschiedet den [Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030](#) für nachhaltige Entwicklung; Ziele beim Wasser und Biodiversität sind nicht oder nur teilweise erreicht (S. 6 und 15).
- 15.8. / nimmt Stellung zur Interpellation von Stefan Müller-Altermatt (cvp/SO) in Bezug auf [Anforderungen an die Anwender von Pestiziden](#) und die sie anleitenden Fachpersonen.
- 22.8. / nimmt Stellung zur Interpellation von Stefan Müller-Altermatt (cvp/SO) in Bezug auf die Evaluation und [Verbesserung des Schweizer Zulassungssystems für Pestizide](#).
- 22.8. / nimmt Stellung zur Interpellation von Lisa Mazzone ( grüne/GE) zum [Verbot gefährlicher Pestizide](#) (Neonicotinoide) und zur Offenlegung zugehöriger Daten.
- 10.10. / schickt eine Delegation an die [UNO-Konferenz zu grenzüberschreitende Gewässer](#).
- Nachtrag vom 9.5. / beantragt Ablehnung der Interpellation von Maya Graf (grüne/BL) für ein [Verbot von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln für nichtberufliche Verwendung](#).

## Parlament

- 29.5. / muss sich mit einer Standesinitiative aus dem Wallis befassen, die eine [Lockerung des Gewässerschutzgesetzes](#) fordert (v.a. Restwasserbestimmungen und Umweltmassnahmen bei Wasserkraftwerken).
- 4.6. / Der Nationalrat sisiert die geplante [Reorganisation der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Agroscope](#) (und zahlreiche weitere Vorstösse zu Agroscope). Der Bundesrat hat noch nicht öffentlich entschieden, aber gemäss Johann Schneider-Ammann dürfte es maximal eine [moderate Reorganisation](#) geben.
- 12.6. / Der Ständerat schreibt ein Postulat von Stefan Engler (cvp/GR) ab, mit dem dieser bereits 2013(!) [bessere Rahmenbedingungen für die Wasserkraft](#) verlangt hatte.
- 15.6. / Der Nationalrat schreibt die Interpellation von Tiana Moser (glp/ZH) ab, welche [kostendeckende Gebühren bei der Zulassung von Pestiziden](#) verlangt hatte. Ebenso eine Motion von Maya Graf (grüne/BL), zum [Ressourcenprojekt Pestizide des Kantons Bern](#)
- 13.8. / Auch die UREK-S nimmt die parlamentarische Initiative von Albert Röstli (svp/BE) an, wonach die [Wasserkraft subventioniert](#) werden soll.
- 18.8. / Auch die UREK-S nimmt die parlamentarische Initiative von Albert Röstli (svp/BE) an, wonach bei Wasserkraftwerken in [Konzessionsverfahren der UVP-Referenzzustand](#) nicht mehr der Zustand ohne Nutzung sein soll. ((Was schon beeinträchtigt wurde, soll also ohne Ersatz weiter beeinträchtigt werden dürfen...))
- 31.8. / Die UREK-S spricht sich für eine [Weiterführung des Wasserzinsmaximums](#) von 110 Franken bis 2024 aus.
- 12.9. / Der Ständerat hat (entgegen dem Antrag des Bundesrates) ein Postulat von Beat Rieder (cvp/VS) angenommen, das einen [Grundlagenbericht zum Wassermanagement und zur Wasserversorgungssicherheit](#) in der Schweiz verlangt (s. auch Artikel auf [Blick](#)).
- 20.9. / Interpellation Lukas Reimann (svp/SG) zur [Umsetzung der Vorgaben im Paket Sanierung der Wasserkraft](#) (vor allem Einhaltung der Frist bis 2030).
- 25.9. / Jacques Bourgeois (fdp/FR) stellt in einer Interpellation Fragen zu einer [allfälligen Annahme der Trinwasserinitiative](#) (für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide).
- 28.9. / Motion Philippe Nantermod (fdp/VS) [zur Lockerung von Gewässerschutzzonen zugunsten von Wasserflugzeugen](#).
- 27.9. / Motion von Claudia Friedl (sp/SG), verlangt, der [zunehmenden Erhitzung der Gewässer entgegenzuwirken](#). In die selber Richtung zielt eine Motion von Irène Kälin (grüne/AG), welche verlangt, dass es [keine Ausnahmeregeln für die Kühlwassereinleitung von AKWs](#) geben soll.
- 27.9. / Interpellation von Albert Röstli (svp/BE) verlangt unter dem Stichwort „massvolle Umsetzung des GschG“ eine [Schwächung der Restwasserbestimmungen](#). Grundlage zur Forderung ist eine [Studie des Wasserwirtschaftsverbandes](#) (deren Präsident Röstli ist).
- 28.9. / muss sich mit verschiedenen Vorstössen befassen im Zusammenhang mit der geplanten Einführung von stoffspezifischen Anforderungswerten in der GschV, u.a. eine Motion von Prisca Birrer-Heimo (sp/LU), welche eine [Stärkung des Vorsorgeprinzips](#) verlangt.

## Verwaltung

- 28.6. / Das Bafu publiziert eine [Vollzugshilfe zur Beurteilung von belasteten Standorten über Karstgrundwasser](#).
- 24.7. / Das Bafu publiziert ein [Webdossier zur Trockenheit](#).
- 26.7. / Das BLW publiziert die [Verkaufszahlen für Pestizide](#) von 2008-2016
- 10.9. / Das Bafu veröffentlicht seinen Bericht zur [Übernutzung der Umweltressourcen](#). Defizite werden v.a. geortet bei Klima, Biodiversität und Verfügbarkeit von Wasser.
- 27.9. / Das Bafu schaltet ein umfangreiches [Webdossier zur Fischwanderung](#) online.

## Weiteres / Kantone / Ausland

- 31.5. / Knapp [92 Prozent der deutschen Oberflächengewässer verfehlen die ökologischen Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie](#). Eine breite [Allianz](#) stellt sich gegen eine Aufweichung der WRRL.
- 21.6. / Der Europäische Gerichtshof [verurteilt Deutschland wegen zu hohen Nitratwerten](#) im Grundwasser.
- 9.7. / Das neue [Zürcher Wassergesetz kommt vors Volk](#); das Referendum ist zustande gekommen.
- 25.7. / Die EU verurteilt Spanien zur Zahlung eines Pauschalbetrags von 12 Mio. Euro und eines Zwangsgelds von 11 Mio. Euro pro Halbjahr, weil immer noch Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohnerwerten [keine Kanalisation oder keine Behandlung der kommunalen Abwässer](#) sichergestellt haben.
- 5.9. / 12 von 15 Wasserkraftwerkanlagen im Kanton Appenzell Ausserrhoden zeigen in Bezug auf die [Fischgängigkeit Sanierungsbedarf](#).
- 10.9. / Ein Vorstoss im Kantonsrat LU verlangt eine [Reduktion des Phosphor-Inputs in die Luzerner Mittellandseen](#) (mit starkem Bezug zu Eawag-Arbeiten).
- 28.9. / Nach dem Fischsterben im Rhein wegen zu hoher Wassertemperaturen haben die Kantone SH, TG und ZH ein [Äschenfangverbot](#) erlassen; andere Kantone geben lediglich [Empfehlungen](#) ab.
- 17.10. / Deutschland startet einen [nationalen Wasserdiallog](#). Trinkwasserqualität und ökologischer Zustand der Gewässer stehen im Zentrum.
- 23.10. / Das EU Parlament stimmt einer [Neufassung der Trinkwasserrichtlinie](#) zu. Darin enthalten ist eine Verschärfung von Höchstwerten für bestimmte Schadstoffe wie u.a. die Grenzwerte für Blei, schädliche Bakterien oder auch hormonwirksame Stoffe (pdf der [Richtlinie](#)).
- 24.10. / Das [EU Parlament stimmt der Plastikstrategie](#) der Kommission zu. Jetzt folgen Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission (Trilog) bis die Richtlinie beschlossen werden kann.
- 25.10. / [Die Tierversuchsverbots-Initiative](#) scheint zustande zu kommen. (Stand: rund 95'000 Unterschriften; Ablauf Sammelfrist: April 2019); bei einer Annahme soll die Forschung im Bereich 3R verstärkt werden.

Inforadar abonnieren? >>

[https://www.internal.eawag.ch/fileadmin/intranet/kommunikation/beratung/politisch/abo\\_inforadar.pdf](https://www.internal.eawag.ch/fileadmin/intranet/kommunikation/beratung/politisch/abo_inforadar.pdf)